



Abschaltplan für Kohlemeiler

Rede von Eva Bulling-Schröter, 25. April 2013

**Tagesordnungspunkt 30 Beratung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Aus-
schusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktor-
sicherheit (16. Ausschuss) zu dem Antrag der
Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Ralph
Lenkert, Sabine Stüber, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion DIE LINKE. Drucksachen
17/12064, 17/12489**

zu Protokoll

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und
Kollegen,

vorhin haben wir über das Scheitern des Backloading
debattiert . In meiner Rede vorhin habe ich detailliert
erklärt, warum die LINKE den SPD-Antrag unterstützt,
nach die Bundesregierung einen erneuerter Anlauf
zum zeitweisen Stilllegen überschüssiger
Emissionsrechte in Brüssel befördern soll. Die
Forderung nach Backloading und weitergehenden
Reformen des Emissionshandels sind ja auch Teil
unseres eigenen Antrags, den wir jetzt abschließend
behandeln.

Allerdings wird immer deutlicher, dass wohl weder
das Backloading eine Chance hat, geschweige denn

weiter gehende Reformen. Doch letztere sind zwingend notwendig, wenn der Emissionshandel endlich zum Klimaschutzinstrument werden soll. Und darum werden sie wohl auch nicht kommen – die Lobby der Energieversorger und der Industrie ist europaweit schlicht zu stark. Unter dem Strich können wir den Emissionshandel getrost für tot erklären.

Diese Entwicklung hat die LINKE abgesehen, denn der Emissionshandel war von Anfang an seiner Klimaschutzwirkung weitgehend beraubt. Er wurde zur Gewinnmaximierungsmaschine für Stromkonzerne degradiert. Durch kostenlose Zuteilungen an Energiewirtschaft und Industrie, durch windige Zertifikate aus Auslandsprojekten und durch zu niedrige Caps. Wegen dieser Architektur haben wir nun EU-weit mit zwei Milliarden überschüssigen Zertifikaten zu kämpfen, die das Cap aufblähen und die CO₂-Preise ins Lächerliche verfallen lassen. Und daran soll sich offensichtlich nichts ändern.

Dies ist der Grund, warum wir im selben Antrag als Alternative ein nationales Kohleausstiegsgesetz fordern. Leider hat im Ausschuss keine andere Fraktion den vorliegenden Antrag unterstützt. Das liegt offensichtlich auch daran, dass sie alle gemeinsam am Emissionshandel hängen, dessen Konstruktion sie ja in den verschiedenen Regierungen zu verantworten hatten.

Gut, Union, FDP und der NRW- und Brandenburg-Flügel der Sozialdemokraten werden ohnehin einen Teufel tun, die Kohleverstromung planmäßig und zügig beenden zu lassen. Die anderen Sozialdemokraten und die Grünen aber möchte ich auffordern: Lösen Sie sich davon, die fossile Kraftwerkswirtschaft durch den EU-Emissionshandel in die Knie zwingen zu können. Ausgehöhlt, wie er ist, wird er nie die Zugkraft entwickeln, die etwa das EEG hat. Das ist enorm erfolgreich und hat den Anteil der

Erneuerbaren an der Stromerzeugung auf ein Viertel nach oben getrieben.

Leider sind parallel die Stromexporte gewachsen. Denn Sonne, Wind und Biomasse ersetzen nicht die Kohleverstromung. Die macht munter weiter wie bislang, denn der lächerliche Emissionshandel kann sie nicht bremsen. Entsprechend stiegen zuletzt auch national die CO₂-Emissionen des Kraftwerkssektor wieder an.

Das ist der Grund, warum Greenpeace vor zwei Jahren erstmals für ein Gesetz plädierte, nach dem Kohlekraftwerke Restlaufzeiten erhalten sollen. Diese Idee hat die LINKE aufgegriffen: Ab dem Jahr 2014 soll die jährliche Menge an, in Kohlekraftwerken erzeugtem Strom begrenzt und in den Folgejahren stetig und weitgehend linear reduziert werden. Nach unserem Antrag soll dann spätestens 2040 der letzte Meiler vom Netz. Der Neubau von Kohlekraftwerken und Neuaufschluss von Tagebauen würde sofort untersagt.

Hätten wir solch ein Gesetz, so würde Deutschland Europa nicht mehr lange mit billigem Kohlestrom überfluten können, wie es gegenwärtig geschieht. Ein Kohleausstiegsgesetz hätte aber noch eine zweite positive Wirkung: Momentan ist der Netzentwicklungsplan darauf ausgelegt, dass alle Kohlekraftwerke beinahe Volllast fahren. Klar, sie haben ja auch das Recht dazu. Nun kommen die geplanten Ökostrommengen dazu. In der Summe haben wir dann künftig eine Netzauslegung, die sich an einem Extremszenario orientiert, welches der Energiewende genau genommen widerspricht. Denn Kohlestrom soll ja eigentlich durch Strom aus Wind und Sonne abgelöst werden.

Mit einem Kohleausstiegsgesetz hätten wir also nicht nur für die Kohleverstromung eine Begrenzung, sondern es wäre auch weniger Netzausbau nötig.

Darum halten wir das Konzept nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial für eine vernünftige Sache. Ich hoffe, diese Sichtweise werden die anderen Parteien schrittweise verstehen und übernehmen.